

Saskia Niproschke und Wilfried Schubarth

Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus: Einführung in die Thematik und Beispiele aus Brandenburg

1. Einführung

Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus unter Kindern und Jugendlichen haben insbesondere seit den 1990er Jahren ein reges Forschungsinteresse pädagogischer, psychologischer und sozialisationstheoretischer Disziplinen erfahren. Empirische Untersuchungen ermittelten differenzierte Erscheinungsformen, gaben Aufschluss zu deren institutioneller Verbreitung und klärten Ursachen antisozialen Verhaltens (vgl. z. B. Schubarth/Stöss 2001; Tillmann/Holler-Nowitzki/Holtappels u. a. 1999; Forschungsgruppe Schulevaluation 1998; Holtappels/Heitmeyer/Melzer u. a. 1997; Fuchs/Lamnek/Luedtke 1996). Angeregt durch diese Forschungen entwickelte sich ein vielseitiges Repertoire präventiver Programme, mit dem Ziel der Förderung von Handlungsperspektiven für die Präventionspraxis. Mittlerweile existiert innerhalb der Präventionslandschaft ein reichhaltiges und kaum überschaubares Angebot solcher Maßnahmen. Die Vielfalt der Präventionsansätze und v. a. die Unsicherheit über deren Wirkungen haben mit der Zeit zu einem wachsenden (fach-)öffentlichen Problembewusstsein geführt und Fragen der Nachhaltigkeit ins Zentrum der Debatte rücken lassen. Der Anspruch, gewalttätiges Verhalten und fremdenfeindliche Einstellungen auf lange Sicht zu vermindern bzw. diesen vorzubeugen und mit den zahlreichen Maßnahmen

nachhaltige und langfristige Wirkung zu erzielen, stellt Experten und Wissenschaftler¹ vor neue Herausforderungen.

Der vorliegende Beitrag greift diese Debatte auf, indem er zunächst den Begriff der Nachhaltigkeit konkretisiert, anschließend diesen wissenschaftlich differenziert und darauffolgend anhand von Beispielen aus dem Land Brandenburg bisherige Präventionsbemühungen veranschaulicht. Aus den Erkenntnissen werden Folgerungen und Empfehlungen für eine nachhaltige Präventionsarbeit abgeleitet. In diesem Sinne versteht sich der Beitrag zugleich als *eine* Antwort auf die Forderung des 19. Deutschen Präventionstages, dass eine gelingende (Kriminal-)Prävention sowohl Präventionspraxis, Präventionspolitik als auch Präventionswissenschaft braucht (vgl. Steffen 2014).

2. Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus: Begriffsgenese und Modell „nachhaltiger Prävention“

Längst hat der Begriff der „Nachhaltigkeit“ über politische Strategien hinaus auch den Diskurs der Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus erfasst. Im Rahmen (pädagogischer) Präventionsbemühungen existiert bisher keine eindeutige Begriffsbestimmung, wodurch unklar bleibt, welche Dimensionen er umfasst und welche Herausforderungen sich dadurch für Präventionsforschung, -politik und -praxis ergeben. Die Vieldeutigkeit des Begriffs erfordert deshalb eine inhaltliche Konkretisierung (vgl. z. B. Blinzler 2012). Traditionell fußt der Begriff in der Forstwirtschaft und beinhaltet den Anspruch eines ressourcenschonenden Umgangs. Die Ausdehnung des Begriffs der

¹ Aufgrund einer besseren Lesbarkeit wird im Folgenden die männliche Anredeform verwendet. Es ist dabei sowohl das weibliche als auch das männliche Geschlecht gemeint.

„Nachhaltigkeit“ auf den wirtschaftlichen Diskurs verantwortet die US-amerikanische Studie „*Grenzen des Wachstums*“ (engl. Originaltitel: „*The Limits to Growth*“) aus den 1970er Jahren (vgl. Meadows/Meadows/Randers u. a. 1972). Dabei fokussierten die Strategien den weltweiten Gleichgewichtszustand aus dem Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Internationalen Aufschwung erhielt der Begriff der „Nachhaltigkeit“ durch den *Brundtland-Bericht* (1987). Leitbild der Brundtland-Strategie war es, die Lebensqualität unserer Gesellschaft fortwährend und für nachkommende Generationen zu steigern (vgl. BNE 2014). Im Jahr 1992 setzte sich der Begriff der „Nachhaltigkeit“ durch die *Agenda 21* auch politisch stärker durch. Die Balance von Wirtschaft, Sozialem und Umwelt bestimmt bis zuletzt, ähnlich dem US-amerikanischen Modell der 1970er Jahre, den Schwerpunkt nationaler Nachhaltigkeitsstrategien. Seit den 2000er kennzeichnen auf Bundesebene unter dem Titel „*Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung*“ mittelfristige und langfristige Vorhaben folgende politische und wirtschaftliche Leitlinien: Lebensqualität, Generationengerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung (vgl. Rat für nachhaltige Entwicklung 2002).

Innerhalb fachöffentlicher Debatten zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus wird „Nachhaltigkeit“ insbesondere im Zusammenhang mit einer wirkungsorientierten Prävention thematisiert. Einen wichtigen Impuls lieferte dabei der US-amerikanische *Sherman Report* (1997). Dessen Befunde gaben grundlegende Orientierungen zur Effizienz und Wirkung bestehender Präventionsansätze und wurden im nationalen Raum durch das *Düsseldorfer Gutachten* (2002), der deutschen Version des Sherman Reports, aufgegriffen und auf die nationale Situation angepasst. Wesentliche Beiträge zur aktuellen Debatte um „Nachhaltigkeit“ lieferte auf Bundesebene insbesondere das

Deutsche Forum Kriminalprävention (DFK), das Gelingensbedingungen zur Präventionsarbeit, zur Vorbeugung und Reduktion von Kinder- und Jugenddelinquenz sowie Ansätze zur Optimierung thematisiert. Infolgedessen kann resümiert werden, dass „nachhaltige Prävention“ über die Effekte und Wirkungen von Präventionsangeboten hinaus weitere Dimensionen einschließt. Eine Erfolg versprechende „nachhaltige Prävention“ von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Auftrags erfordert ein strukturiertes und intensives Zusammenspiel von Praxis, Politik und Wissenschaft (vgl. Steffen 2014).

Den bisherigen Stand der Fachdebatte resümierend konstituieren folgende Dimensionen das Begriffsverständnis von nachhaltiger Prävention (vgl. Abb. 1):

1. **Entwicklungsorientierung** als biografische Ausrichtung der Präventionsmaßnahmen und Orientierung am Lebenslauf sowie Lebensumwelten von Kindern und Jugendlichen,
2. **Kommunale Netzwerkarbeit** als Institution sowie Ressourcen übergreifender Ansatz und deren systematische Bündelung,
3. **Qualität und Evaluation** als Maßstab der Konzeptionierung und Qualitätssicherung von Präventionsangeboten.

Die begriffliche Konzeptionierung durch die drei Dimensionen hat mehrere Vorteile: Sie ermöglicht *erstens* die Strukturierung der aktuellen, breitgefächerten Debatte um „nachhaltige Prävention“. *Zweitens* verknüpft sie diese mit empirischen Befunden zur wirkungsorientierten Prävention und sie umreißt *drittens* die bevorstehenden Herausforderungen für Praxis, Politik und Wissenschaft. Diese systematische Unterteilung setzt sich zum Ziel, inhaltliche, wissenschaftstheoretische Debatten und

Bedarfe darzustellen sowie praxisrelevante Anweisungen herauszuarbeiten. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund: Welche Kriterien erfordert eine effektive, effiziente und nachhaltige Präventionsarbeit? Welches Wissen besteht bereits darüber, was wirkt und welche Herausforderungen sind noch zu überwinden? Im Folgenden wird Bezug auf diese Fragen genommen und die drei Dimensionen mit Blick auf das notwendige Zusammenspiel von Praxis, Politik und Wissenschaft zur „nachhaltigen Prävention“ näher erläutert.



Abb. 1: Dimensionen „nachhaltiger Prävention“ (eigene Darstellung)

2.1 Entwicklungsorientierung

Im Wesentlichen verfolgen Präventionsansätze das Ziel, soziale Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen zu fördern und deren delinquentes Verhalten zu mindern (vgl. z. B. Schubarth 2013). Im Zuge der Debatte um „Evidenzbasierung“ stellt sich jedoch zunehmend die Frage nach der Qualität und Wirksamkeit der Maßnahmen. Dies steht im Einklang mit der einschlägigen Fachdebatte, die mehr „nachhaltige Prävention“ anstelle kurz-

zeitiger Einzelmaßnahmen einfordert (vgl. z. B. Lösel 2012). Dadurch gewinnt die Dimension der Entwicklungsorientierung an Bedeutung.

Laut Experten ist dabei *erstens* der frühe Einsatz präventiver Maßnahmen von Relevanz. Dieser wird mit dem Anspruch verbunden, risikofördernde Einflussvariablen im Entwicklungsverlauf von Kindern und Jugendlichen frühestmöglich wahrzunehmen und zu mindern. Der Ansatz begründet sich aus der Tatsache, dass prägende Einflüsse bereits in der frühen Kindheit erfolgen und sich im Lebensverlauf verstärken können (vgl. Mengel/Sann/Küster 2014; Beelmann 2012; Lösel 2012). Die Forderung frühzeitiger Prävention und innovativer, wirksamer Ansätze lässt sich nicht nur im Bereich der schulischen Gewaltforschung, sondern auch innerhalb des Diskurses um Rechtsextremismusprävention wiederfinden (vgl. Pfeiffer 2010; Rieker 2009). Vor dem Hintergrund der empirisch nachgewiesenen Notwendigkeit eines frühzeitigen Einsatzes von Präventionsmaßnahmen aus Erkenntnissen abweichender und risikofördernder Entwicklungsverläufe argumentieren Petermann und Petermann (2011), dass bereits im Kindergartenalter entsprechende Förderangebote einsetzen sollten, um Risikofaktoren zu mindern. Für Beelmann (2012) bleibt jedoch die Frage offen, was genau der beste Zeitpunkt sei. Trotz der vermeintlichen Einordnung präventiver Ansätze in der Kindheit könne eine exakte zeitliche Verortung aufgrund der unterschiedlichen Erscheinungsformen auffälligen Verhaltens, der Intensität der gegebenen Situation und der Unterschiedlichkeit von Risikogruppen allerdings nicht gegeben werden. Entwicklungspsychologisch betrachtet bietet sich der Einsatz von Präventionsmaßnahmen aufgrund des engen Bindungsgefüges zwischen Pädagogen und Kindern im Kindergarten an. Zudem erweist sich als vorteilhaft, dass die Kinder in einem förderlich lernfähigen Alter sind (vgl. Kempfer 2014).

„Nachhaltige Prävention“ zeigt sich eher in der Langfristigkeit der Anwendung anstelle kurzfristiger Einzelmaßnahmen (vgl. Lösel 2012). Positive Veränderungen und Wirkungen unter Anwendung einer Präventionsmaßnahme, so Beelmann (2013), können erst durch den längerfristigen Einsatz eingeleitet werden. Vor diesem Hintergrund fordert die Dimension der Entwicklungsorientierung *zweitens* am Entwicklungsstadium angepasste, biografisch aufeinander abgestimmte und aufeinander aufbauende Präventionsangebote, um Verhaltensänderungen einzuleiten und Kompetenzen langfristig zu fördern. Unter Berücksichtigung des frühzeitigen Ansatzes wird ferner deutlich, dass Präventionsprogramme primär vor akuten Problemlagen und manifestierten Verhaltensweisen ansetzen. Dadurch stellt sich weniger die Frage nach der Differenzierung zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Maßnahmen. Vielmehr ist eine Unterscheidung zwischen universellen und selektiven Programmen zielführend, deren Einsatz sich an dem Ausmaß bisheriger Verhaltensauffälligkeiten, der allgemeinen oder spezifischen Kompetenzförderung und der Art der Risikogruppe orientiert (vgl. Steffen 2014; Beelmann 2012; Scheithauer 2010). Universelle Maßnahmen richten sich an Gruppen ohne akute Verhaltensauffälligkeiten, deren Entwicklung jedoch auch auf gewalttätiges Benehmen schließen lässt. Dabei werden Kompetenzen gefördert, die einen kriminellen Entwicklungsverlauf mindern und positives (Sozial-)Verhalten fördern. Dagegen finden selektive Maßnahmen v. a. dort Anwendung, wo Kinder und Jugendliche eindeutig einer Risikogruppe zuzuordnen sind und bereits dissoziales Verhalten aufweisen. Die genaue Zielgruppendefinition, der Zeitpunkt des Einsatzes der Projektaktivitäten sowie der Status der Problementwicklung bestimmen über die Art der Maßnahme (vgl. Steffen 2014; Scheithauer 2010). Entwicklungsorientierte Prävention ist gerade im Schulbereich von Bedeutung (vgl. Wedemann 2014; Schubarth 2013).

Voraussetzung ist *drittens* die Programmorientierung an den Lebensumwelten und individuellen Kontextvariablen der Kinder und Jugendlichen (vgl. Mengel u. a. 2014; Kohlstruck 2013; Beelmann 2012; Pfeiffer 2010; Scheithauer 2010). So sind Einflussbereiche (bspw. wichtige Bezugspersonen, Familie, Freunde, das schulische Umfeld, milieuspezifische Aspekte etc.) für den Entwicklungsverlauf der Kinder und Jugendlichen entscheidend und sollten bei der Konzeption sowie dem Einsatz von Präventionsmaßnahmen Berücksichtigung finden. Im Rahmen entwicklungsbezogener Präventionsansätze sind neben zahlreichen Programmen für Schulen, Kindergärten und diversen Beratungsstellen auch familienorientierte Maßnahmen zur zielgerichteten Kompetenzförderung entwickelt worden (vgl. Schubarth 2013; Beelmann 2012; Lösel 2012; Kahl 2010). Die Perspektiv- und Zielgruppenerweiterung geht mit dem Anspruch einher, nicht nur an die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen anzuknüpfen, sondern diese unter Einbeziehung sozialer Umwelten zu optimieren (vgl. Beelmann 2010). Oftmals erfolgt der Einsatz präventiver Maßnahmen trotz mangelnder Berücksichtigung über vorherrschende Kontextbedingungen, deren begünstigenden und hinderlichen Faktoren, wodurch die Effektivität der Maßnahme nicht abgeschätzt werden kann (vgl. Petermann/Petermann 2011). Hierbei ist das Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis wichtig, um evidenzbasierte Erkenntnisse zum Einsatz früher Präventionsangebote bereitzustellen und in die Praxis zu transferieren. Gleichzeitig ist die Politik gefragt, deren (finanzielle) Investition in Evaluation, Etablierung und Stärkung des frühen Einsatzes präventiver Ansätze Vorteile für die Gesellschaft schafft. Der frühe Einsatz bedeutet zum einen Verringerung der Opfer und zum anderen nicht unwesentliche Kosteneinsparungen (vgl. Steffen 2014).

2.2 Kommunale Netzwerkarbeit

Seit Ende der 1980er Jahre erhielt der Anspruch kommunaler und kooperativer Verbindungen starken Aufschwung (vgl. DFK 2012a). Dieser wurde von dem Bedürfnis geleitet, Prävention vor Repression zu stellen, um den Einflussbereich auf kriminelles oder gewaltbereites Verhalten wahrzunehmen und frühzeitiger einzugreifen (vgl. Heinz 2004). Mit Blick auf die Dimension „kommunale Netzwerkarbeit“ ist hervorzuheben, dass die Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus nicht Aufgabe *einer* Institutionen allein ist (z. B. Kita, Schule etc.), sondern der dauerhaften Unterstützung durch langfristig angelegte Kooperationsstrukturen bedarf (vgl. Preiser/Wagner 2013; Hurrelmann/Bründel 2007). Dabei kommt der kommunalen Netzwerkarbeit, d. h. der Zusammenarbeit unterschiedlicher Kooperationspartner im unmittelbaren Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen, entscheidende Bedeutung zu. So stärken Hurrelmann und Bründel (2007) das bedeutende Gewicht der Netzwerkarbeit für die nachhaltige Wirkung präventiver Angebote und argumentieren: „Gewaltprävention durch Netzwerkbildung scheint uns die gelungenste und effektivste Form zu sein, der Gewalt vorzubeugen, denn nur wenn alle Kräfte auf allen Ebenen miteinander an diesem Ziel arbeiten, dann kann ein konstruktiver Umgang mit Konflikten erreicht werden“ (Hurrelmann/Bründel 2007: 203).

So definiert sich (kommunale) Netzwerkarbeit mit Blick auf „Nachhaltigkeit“ aus a) der Einbeziehung dauerhaft vor Ort verfügbarer Unterstützungssysteme, b) der längerfristigen Kooperation mit örtlichen Partnern und Institutionen (z. B. Kommunen, Schulen, Polizei, Vereinen etc.) sowie c) der Verbindung des Umfeldes (z. B. Eltern etc.) (vgl. Preiser/Wagner 2013; Hurrelmann/Bründel 2007). Dadurch wird Institutionen ermöglicht, übergreifend Präventionsansätze zu entwickeln, zu dokumentieren,

Implementationsvorgänge zu begleiten und ggf. wissenschaftlich zu flankieren (vgl. Balsler/Hölzer/Schulz 2009). Dieser mehrdimensionale Ansatz nachhaltiger Netzwerkarbeit aus Praxis, Politik und Wissenschaft verlangt nach Heinz (2004) nicht nur einzelne kommunale und lokale Aktionen zusammenzuführen, sondern anhand der Vernetzung verschiedener Unterstützungssysteme ein gemeinsames, präventives „Aktionsfeld“ zu schaffen. Dafür ist es notwendig, die unterschiedlichen Ziele und „Handlungslogiken“ der Kooperierenden aus Präventionspraxis, -politik und -wissenschaft miteinander in Einklang zu bringen sowie eine zentrale Koordinierungsstelle einzurichten (vgl. Steffen 2014; Heinz 2004.).

Eine Vernetzung ist insbesondere dann effektiv, wenn die Lebensbedingungen der Betroffenen innerhalb der Präventionsbemühungen Berücksichtigung finden und darauf abzielen, gewalttätiges Verhalten zu dezimieren, die Lebensbewältigungskompetenzen zu stärken und gemeinsam die Verhältnisse, die zu einem abweichendem Verhalten geführt haben, zu verändern (vgl. Steffen 2014; Melzer/Schubarth/Ehninger 2011). Mengel, Sann und Küster (2014) konstatieren, dass die Kommunen zum einen *Gestalt* und zum anderen durch eine multiprofessionelle sowie systemübergreifende Unterstützungsstruktur *Gestalter der Lebenswelten* von Kindern und Jugendlichen sein können. Daher ist auch entscheidend, vor Ort a) soziale Problemlagen, deren Risikofaktoren und Ursachen zu erkennen, b) daraus Strategien zur kommunalen Ursachenbekämpfung zu erarbeiten sowie c) Ressourcen zur effektiven und effizienten Prävention zu mobilisieren. Damit verbunden ist eine kommunale Entwicklung, die nicht nur Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus mindern, sondern darüber hinaus zur kommunalen Sicherheit beitragen will (vgl. Steffen 2014). Ein nicht unbedeutendes Ziel kommunaler Kooperationsstrategien besteht zudem darin, nicht nur i. S. der Entwicklungsorientierung präventiv frühzeitig einzusetzen (vgl. Abschnitt

2.1) und Ressourcen übergreifend zu kooperieren, sondern auch längerfristig finanzielle Einsparungen zu ermöglichen (vgl. Steffen 2014; DFK 2012a). Bei der gemeinsamen Ursachenanalyse sowie der gemeinschaftlichen Lösungserarbeitung ist das strukturierte Zusammenführen kommunaler Ressourcen und deren Ziele sowie das Einbeziehen ziviler Akteure und deren bürgerschaftliches Engagement eine große Herausforderung.

2.3 Evaluation und Qualität

Eine weitere Dimension „nachhaltiger Prävention“ ist schließlich die Evidenzbasierung und Qualitätssicherung. Präventionsmaßnahmen werden häufig mit dem Anspruch verbunden, schnell lösungsorientiert Unterstützung zu bieten sowie praxisrelevante Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die auch noch wirksam sind (vgl. Preiser 2005). Seit nunmehr 10 Jahren erfährt die Präventionslandschaft in Deutschland einen regelrechten Boom, der sich in vielfältigen und zahlreichen Angeboten bzw. Handlungsansätzen widerspiegelt. Somit bestehe nicht das Problem in einer zu geringen Angebotsvielfalt, sondern darin, dass Präventionsprogramme und -projekte kaum wissenschaftlich evaluiert und in ihrer Wirkung überprüft sind (vgl. DFK 2012b). Die Fülle der Ansätze sowie der Mangel von Wirksamkeitsprüfungen erschweren allgemeingültige Schlussfolgerungen zur Wirkungsintensität sowie Aussagen über deren langfristige Wirksamkeit (vgl. Lösel 2012). In Anknüpfung an den Bildungsforscher Ditton (2010) lässt sich die Qualität von Maßnahmen v. a. durch die Orientierung an Qualitätskriterien sowie durch inhaltliche Konkretisierungen, Klärung von Zielen u. ä. steigern. Gleichzeitig erleichtern sie Wirkungsprüfungen hinsichtlich der Filterung von Stärken, Schwächen und Optimierungsmöglichkeiten. Qualitätskriterien dienen demzufolge der Programmkonzeptionierung und deren

Erfolgswahrscheinlichkeit sowie als Bewertungsmaßstab für Wirkungsprüfungen (vgl. Beelmann 2012; Scheithauer 2010).

Wie Beelmann (2013, 2010) jedoch feststellt, existiert auf nationaler Ebene anstelle einheitlicher Qualitätskriterien zur Wirksamkeitsuntersuchung und Programmkonzeptionierung eine Vielfalt von Qualitätsanforderungen. Der Frage, wie Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus systematisch und nachhaltig gefördert werden kann, widmet sich insbesondere das Deutsche Forum Kriminalprävention (DFK). Zur Bewertung sowie Qualitätssicherung von Präventionsprogrammen fasst das DFK im Leitfaden zur *Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen* (2013) folgende Merkmale zusammen:

- theoretische Fundierung und Konzeptionierung (z. B. Zielgruppendefinition, inhaltliche Konkretisierung, Durchführung der Maßnahmen),
- Messung der Wirksamkeit und Umsetzungsqualität (z. B. Planung und Durchführung der Evaluation),
- Wirksamkeit und ihre Einflussfaktoren (z. B. Effektivität der Maßnahmen),
- Strategien der Implementierung: Umsetzung in Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen,
- Hindernisse und Möglichkeiten des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Neben den vorgeschlagenen DFK-Merkmalen illustrieren die vom Landespräventionsrat Niedersachsen herausgegebenen Beccaria-Standards ein gelungenes Beispiel zur Qualitätssicherung präventiver Projekte. Die Qualität einer Präventionsmaßnahme als Voraussetzung für die Überprüfbarkeit steht im Mittelpunkt der Überlegungen. Ziel ist es, eine wirkungsvolle und nachhaltige

Prävention einzuleiten, die mit der Frage verbunden ist, was bewirkt werden kann und soll. Dafür sind folgende Standards zentral: a) Kriterien und Werkzeuge zur Konzeptionierung der Maßnahme, b) Anforderungen an die Evaluationsstandards (z. B. Planung, Durchführung, Bewertung der Maßnahme) und c) Vermittlung von Fachkenntnissen und methodischer Kompetenz der Anwender. Nicht nur die Erfolgswahrscheinlichkeit, sondern auch die Sinnhaftigkeit der Präventionsmaßnahmen wird dadurch gesteigert (vgl. Meyer/Coester/Marks 2010).

Darüber hinaus verweist Beelmann (2013) auf die wichtige Bedeutung der Zielgruppendefinition. Die Effektivität eines Programms steigert sich bspw. mit der genauen Adressatenbeschreibung (z. B. Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrer etc.). Ferner deutet er auf die Notwendigkeit der Altersempfehlung und auf die Orientierung am Entwicklungsstadium der Kinder und Jugendlichen hin. Zudem plädiert er für die Berücksichtigung empirisch nachgewiesener Erkenntnisse in der Konzeptionierung von Maßnahmen. Bezüglich der Durchführungsbedingungen und Implementierung seien zudem der Grad der Intensität (z. B. langfristige Effekte durch aufeinander aufbauende Präventionsmaßnahmen), die angemessene Methodik (z. B. interaktiv anstelle reiner Wissensvermittlung) und die Didaktik (z. B. Einsatz von Materialien, Administration, Berücksichtigung des Settings etc.) wesentliche Einflussgrößen für die Erfolgswahrscheinlichkeit und Wirkung von Präventionsansätzen bzw. -programmen. Als Erfolg versprechend und effektiv erwiesen sich gut konzipierte sowie transparente Konzepte, um neben der Qualitätsprüfung der Maßnahme (Evaluation) auch Transfermöglichkeiten und ggf. Optimierungsmaßnahmen ableiten zu können (vgl. Beelmann 2012). Dafür ist es jedoch auch hier notwendig, dass Präventionspraxis und -wissenschaft zusammenarbeiten. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, die Anwender in der Umsetzung der Maßnahmen

unterstützend zu begleiten und sie zu qualifizieren. Dafür ist insbesondere die Wissenschaft aufgefordert, entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote aus den bisherigen Befunden bedarfsgerecht zu konzeptionieren (vgl. Steffen 2014).

Resümierend lässt sich feststellen, dass die drei Dimensionen 1) Entwicklungsorientierung, 2) kommunale Netzwerkarbeit sowie 3) Evaluation und Qualität nur dann gewährleistet werden können, wenn Praxis, Politik und Wissenschaft strukturiert und intensiv zusammenwirken sowie ihre Aufgaben innerhalb der Prävention wahrnehmen (vgl. dazu ausführlicher Steffen 2014). Für unsere Analyse bedeutet dies, anlehnend an den Anspruch der (Kriminal-) Prävention, dass Wissenschaft als Lieferant von Wissen und Erkenntnissen für Politik und Praxis fungiert, Politik für die Etablierung, Umsetzung und Finanzierung verantwortlich ist sowie die Anwender von Präventionspraxis Ergebnisse der Forschung integrieren und entsprechend qualifiziert werden müssen (vgl. Steffen 2014). In diesem Sinne ist der Forderung des 19. Deutschen Präventionstages 2014, Praxis, Politik und Wissenschaft als Kreislauf der gegenseitigen Abhängigkeit zu sehen, zuzustimmen.

3. Kriminal- und Gewaltprävention im Land Brandenburg

Basierend auf den vorangegangenen Erkenntnissen soll im Folgenden anhand einiger Beispiele demonstriert werden, welche Ansätze es i. S. „nachhaltiger Prävention“ von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus im Land Brandenburg gibt. Auf Bundesebene sind mittlerweile eine Reihe von Aktivitäten bzgl. „nachhaltiger Prävention“ zu verzeichnen. So fördert z. B. der Landespräventionsrat Niedersachsen die Qualitätssicherung präventiver Maßnahmen mit der *Datenbank „Grüne Liste Prävention“* auf Grundlage von Evaluationsbefunden. Diese kategorisiert

Programme und Projekte nach deren Wirksamkeit. Unterschieden wird dabei in drei Stufen: 1. Effektivität theoretisch gut begründet, 2. Effektivität wahrscheinlich und 3. Effektivität nachgewiesen (vgl. Groeger-Roth in diesem Band; Groeger-Roth/Hasenpusch 2011). Trotz weitestgehend fehlender einheitlicher Qualitätskriterien ist dies ein erster Schritt, Präventionsmaßnahmen nicht nur in ihrer Wirkungsintensität zu differenzieren, sondern auch einen systematischen Überblick vorhandener Angebote zu erteilen. Ferner bildet das Praxisbeispiel „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) im Raum Hessen unter der Leitung von Helmolt Rademacher einen umfassenden Ansatz systemischer und nachhaltiger Gewaltprävention an Schulen und deren Entwicklung. Das Projekt setzt sich zum Ziel, das Schulklima durch das Wechselverhältnis von Gewaltprävention und Demokratielernen zu fördern. Dabei finden die beiden Themenaspekte in der Schulpraxis insbesondere durch Fortbildungen des Lehrpersonals und Schulentwicklungsberatungen Eingang. Die enge Zusammenarbeit zwischen außerschulischen Partnern und Schulvertretern ermöglicht es, das Lehrpersonal in Themen wie Mediation und Konfliktbearbeitung oder auch Mobbing und Cybermobbing sowie demokratischem Leiten fortzubilden, entsprechende Materialien bereitzustellen sowie vorhandene Präventionsansätze und Erfahrungen evaluierter Programme im Raum Hessen begleitend und unterstützend in den Schulalltag zu integrieren. Impulsgeber sind bspw. das BLK-Projekt „Demokratie lernen und leben“, das „Buddy-Programm“ und „Prävention im Team (PiT)“ (vgl. ausführlicher Bildungsserver Hessen 2014).

Auch im *Land Brandenburg* sind in verschiedenen Bereichen zur Bekämpfung von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus spürbare Fortschritte in Richtung einer „nachhaltigen Prävention“ festzustellen. Einen Ausgangspunkt bildet dabei eine erste Analyse zur *Jugendkriminalität und Kinder-/Jugendschutz im*

Land Brandenburg – Eine Synopse zu geförderten Projekten des Landespräventionsrates (vgl. Schubarth/Kopp/Kamm 2012). Diese vom Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg geförderte Bestandsaufnahme hat der Debatte um Nachhaltigkeit neue Impulse verliehen und u. a. zu einer Qualifizierung der Förderanträge geführt. Doch kriminelles Verhalten, gewalttätige Auseinandersetzungen und rechtsextremistische Einstellungen machen auch vor Brandenburgs Schulen nicht Halt und stellen das Land fortwährend vor neue Herausforderungen. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Landesregierung verdeutlicht die andauernde Brisanz des Themas. Daher fordern die Mitglieder entschlossen: „Gewaltprävention an Schulen im Land Brandenburg nachhaltig stärken“ (Landesregierung Brandenburg 2012). Bundesweite Debatten zum Überangebot von Präventionsmaßnahmen und gleichzeitig fehlender Wirksamkeits- und Qualitätsaussagen beschäftigen folglich auch im Land Brandenburg Experten aus Politik, Praxis und Wissenschaft zunehmend. Der Landespräventionsrat in Brandenburg nimmt dabei aktiv Einfluss auf die Debatte zur „nachhaltigen Prävention“, indem er ähnlich gelagerte Bemühungen der Schulen, der Jugendhilfe, der Polizei und der Kommunen zusammenführt, koordiniert und steuert. Die Neukonzeptionierung des Landespräventionsrates im Jahre 2011 mit der Schwerpunktsetzung auf die drei Bereiche Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz/Kinder- und Jugendschutz, Politischer Extremismus und Opferschutz/Opferhilfe resultierte aus der anhaltenden und stärker werdenden Forderung nach mehr „nachhaltiger Prävention“. Der ressourcenübergreifende und gesamtgesellschaftliche Ansatz des Landespräventionsrates setzt sich zum Ziel, langfristige Erfolge in der Präventionsarbeit zu steigern und nachhaltige Prävention im Land Brandenburg zu sichern. Als mögliches Leitziel, Vision bzw. Utopie der Aktivitäten des Landespräventionsrates dient dabei das Modell einer „Kommunalen nachhaltigen Prävention“, das die drei Dimensionen

1) Entwicklungsorientierung, 2) kommunale Netzwerkarbeit sowie 3) Evaluation und Qualität umfasst und vor Ort umgesetzt wird (vgl. Abb. 2).

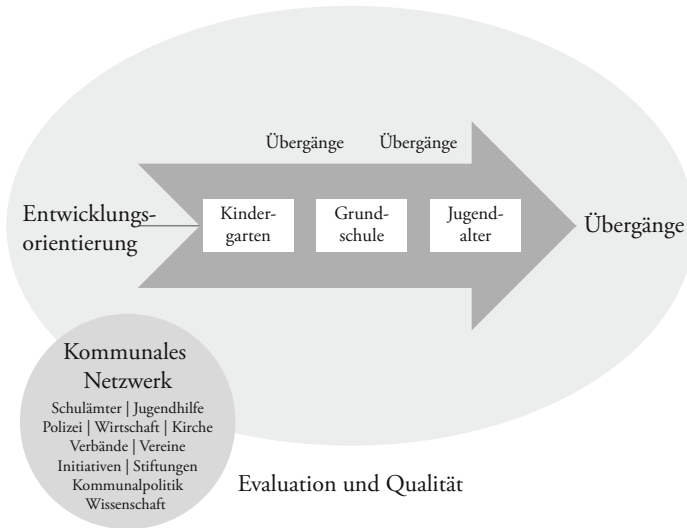


Abb. 2: „Kommunale nachhaltige Prävention“ im Land Brandenburg (eigene Darstellung)

Weitere Netzwerkaktivitäten unterstützt bspw. das *Ministerium für Jugend, Bildung und Sport* (MJBS), welches mit dem Konzept des „Jour Fixe“ seit 2012 in einem Zyklus von sechs Monaten zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus informiert, kooperiert, Präventionsvorhaben unterstützt, berät sowie an der Weiterentwicklung gelingender Präventionsmaßnahmen beteiligt ist.

Die Aktivitäten und Initiativen des Landes Brandenburg, öffentliches Interesse und Engagement für die Gewährleistung „nachhaltiger Prävention“ zu fördern, forschungsbasierte Erkenntnisse und Wissen zu transferieren sowie auf konzeptioneller Ebene neue und evidenzbasierte Leitlinien zu berücksichtigen, bringen auf Landesebene mittlerweile vorzeigbare Ergebnisse ein.

Im Folgenden werden drei Beispiele „nachhaltiger Prävention“ im Land Brandenburg vorgestellt und zwar auf drei Ebenen: der Ebene der Einzelschule, der Ebene der Region und der Landesebene. Den Fokus bilden Aspekte der Nachhaltigkeit in den drei Dimensionen *Entwicklungsorientierung* (individuelle, biografische Dimension), *kommunale Vernetzung* (institutionelle Dimension) und *Wirksamkeitsorientierung* (Qualitätsdimension).

3.1 Gewaltprävention an einer Brennpunkt-Schule am Beispiel von „Wir für uns“

In Kooperation mit dem Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. wird „Wir für uns – Eine Schule mit Identität ist eine Schule mit Zukunft“ unter der professionellen Begleitung des Projektleiters Dr. Stefan Schanzenbächer seit 2007 an der Grundschule Schwärzese im Brandenburgischen Viertel von Eberswalde durchgeführt. Das Konzept basiert auf partizipativen und konfrontativen Elementen mit dem Ziel der Gewaltreduktion und Verbesserung des Schulklimas. Der Schülerclub als zentraler Kern des Projekts gilt als Verbindungsmechanismus der methodischen Prinzipien und Akteur übergreifender Zusammenarbeit zwischen Schülern, Lehrern und Sozialpädagogen in schulbezogenen Fragen und Entscheidungen. Schüler der dritten bis sechsten Klasse können unter der Voraussetzung der gewählten Mitgliedschaft, der erfolgreichen Aufgabenbewältigung (z. B. Pausenaufsicht) sowie unter der Teilnahme regelmäßiger Versammlungen Punkte erwerben oder verlieren, die den Auf- oder Abstieg ihres Status bestimmen. Der Status wird durch farbliche Kleidung im Rahmen des Schülerclubs kenntlich gemacht (zum Konzept vgl. auch Schanzenbächer in diesem Band). Das Projekt „Wir für uns“ wurde im Schuljahr 2012/2013 evaluiert und auf dessen Wirkung untersucht (vgl. Schubarth/Kopp/Seidel u. a. 2013). Der

Fragebogenuntersuchung bei Schülern, Lehrern und Eltern und den teilstandardisierten Interviews bei den am Projekt unmittelbar beteiligten Personen wurden folgende Forschungsfragen zugrunde gelegt:

1. Welche Resonanz und Wirkung erzeugt das Projekt bei Schülern, Lehrern und Eltern?
2. Welche fördernden und hemmenden Faktoren lassen sich mit Blick auf die Wirksamkeit des Projekts ermitteln?
3. Welche Optimierungsmaßnahmen und Empfehlungen können für einen gelingenden Transfer an andere Schulen gegeben werden?

Kontextdefinition: „Wir für uns“ im sog. „Sozialen Brennpunkt“

Die Besonderheit und zentrale Bedeutung von Kontextvariablen für die adäquate Prävention mit Kindern und Jugendlichen (vgl. Abschnitt 2.1 – Entwicklungsorientierung) offenbart sich auch im Anti-Gewaltprojekt „Wir für uns“. Als Schule im sog. „Sozialen Brennpunkt“ ist die Konzeptionierung und die Methodenauswahl unter Einbeziehung des Schulstandorts wichtig. Die Klärung des Begriffs „Sozialer Brennpunkt“ erfolgte erstmals durch den Deutschen Städtetag von 1979 und beschreibt solche Milieus als „Wohngebiete, in denen Faktoren, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner und insbesondere Entwicklungschancen bzw. Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten“ (Daschner 2007: 6). Dabei akkumulieren „Soziale Brennpunkte“ mehrere Formen der Benachteiligung, die sich auf die Familien und Kinder belastend auswirken: mangelnde soziale Infrastruktur, niedriges Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit, beschwerte Familiensituationen, hohe kulturelle Distanz (vgl. ebd.). Besondere Herausforderungen ergeben sich

am Beispiel der Grundschule Schwärzesee aus erhöhter Arbeitslosigkeit, finanzieller Mängel, infrastrukturellen Einschränkungen und erhöhter Gewaltbereitschaft, welche sich auch im Schulalltag widerspiegeln und ein störungsfreies Schul- und Klassenklima erschweren.

Intervention vor Prävention an problembelasteten Schulen

Die Anwendung verschiedener methodischer Ansätze in der pädagogischen Arbeit und Konfliktbewältigung an der Grundschule ist konzeptioneller Bestandteil von „Wir für uns“ und begründet sich zum einen aus dem Standort und seinen risikofördernden Bedingungen sowie zum anderen aus der bereits bestehenden Gewaltbereitschaft der Kinder. Dabei erweist sich der intervenierende Einsatz konfliktbewältigender Maßnahmen als zentral, um auch präventiv wirksam zu sein. Das heißt, dass eine längerfristig wirksame Prävention eine gelingende und unmittelbare Intervention voraussetzt. Akute Gewalt wird durch konfrontativen und interventiven Einsatz unter Anwendung des *fünfstufigen Konfliktlösungsritual* geahndet. In chronologischer Abfolge und mit fortwährender Steigerung der Dringlichkeit des Abbruchs weisen die Beobachter den „Täter“ auf sein regelverletzendes Verhalten hin. Der „Support“ ist die fünfte und letzte Stufe und wird ausgerufen, sofern der verhaltensauffällige Schüler nicht reagiert. Sonach erfolgen Konfliktlösungsgespräche im Rahmen des Schülerclubs, in denen die Motivation des Gewalthandelns, die Konfrontation des regelverletzenden Verhaltens und die gemeinsame Lösungssuche mit den Schülerclub-Mitgliedern im Mittelpunkt stehen (vgl. Schanzenbächer 2012, 2007). Die Evaluationsbefunde bestätigen die Reduzierung gewaltbereiten Verhaltens unter Anwendung des Konfliktlösungsrituals als interventiven Einsatz weitestgehend. Zudem weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die partizipative

Komponente, die das Konfliktlösungsritual berücksichtigt, entscheidend für die Umsetzung der Projektbestandteile und -ziele ist (vgl. Schubarth/Kopp/Seidel u. a. 2013).

Professionalisierung der Lehrkräfte

Für den angemessenen Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und der entsprechenden Reaktion seitens der Lehrkräfte sind in regelmäßigen Abständen sog. Schulungsblöcke vorgesehen, die konzeptioneller Bestandteil des Projekts „Wir für uns“ sind. Trotz eines gewissen Mehraufwandes bewerten die Lehrer die Konflikt-schulung, die Förderung und Stabilisierung kollegialer Beziehungen und die Möglichkeit des Austauschs über Probleme, neue Ideen und Planungen positiv (vgl. ebd.). Darüber hinaus befördern die Schulungsblöcke die Reflexion eingesetzter Projektbestandteile und deren Wirkung, um Optimierungen vorzunehmen. Nicht nur die Motivation, sondern auch die Kompetenzförderung des Lehrpersonals steht mit der Fortbildungsmaßnahme im Vordergrund, ohne deren Einsatz weder eine professionelle Anwendung und Umsetzung der Projektbestandteile erfolgen noch eine nachhaltige Wirkung der Maßnahmen erzielt werden könnte.

Eltern- und Öffentlichkeitsarbeit

Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit ist das Anti-Gewaltprojekt „Wir für uns“ besonders bemüht, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und in den fachwissenschaftlichen Austausch zu treten. Seine Erfolge wurden mehrmals bundesweit ausgezeichnet und anerkannt. Anhand der Evaluationsbefunde konnte ein sozialer und personaler Kompetenzaufbau bei den Schülerclub-Mitgliedern nachgewiesen werden, die einen wesentlichen Einfluss auf die Reduktion gewalttätigen Verhaltens ausüben (vgl. ebd.). Gerade

deshalb erweist sich die Zusammenarbeit mit den Eltern als besonders wichtig, um ihnen die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln, die Entwicklungen ihrer Kinder prozessual und kompetent zu begleiten. Insbesondere die Elternarbeit und deren aktiver Beistand bleiben jedoch zukünftige Herausforderungen, um die Erfolge der Schülerentwicklungen auch außerhalb der Schule und in den Familien zu fördern.

Aus diesen Ausführungen lassen sich für das Anti-Gewaltprojekt „Wir für uns“ unter der Zielsetzung „nachhaltiger Prävention“ folgende Kriterien ableiten:

- frühzeitiger Ansatz bei Grundschulkindern,
- Langfristigkeit: klassenübergreifend, über die Schulzeit andauernd, entwicklungsbegleitend,
- Orientierung am Schulstandort und Berücksichtigung von Kontextvariablen aufgrund bestehender Merkmale eines „Sozialen Brennpunkts“ und deren Einflüsse auf das Verhalten der Kinder,
- Kombination aus konfrontativer Intervention bei akuter Gewalt und langfristig angelegter Prävention durch Lehrerkooperation und Schülerpartizipation,
- Professionalisierung und Kompetenzförderung der Lehrkräfte vor Ort durch Fortbildungsmaßnahmen.

3.2 Regionale Netzwerkarbeit am Beispiel von „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule“

Das Präventionsprogramm „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule“ stellt ein gelungenes Beispiel kommunaler Netzwerkarbeit im Land Brandenburg dar und kann dabei auch auf empirisch gesicherte Resultate einer effizienten und effektiven Präventionspraxis verweisen (vgl. Bornewasser/Otte 2013). Als Mehr-Ebenen-Konzept und entwicklungsorientierter Ansatz wird es seit 2005 im Landkreis Ostprignitz-Ruppin in Kooperation mit verschiedenen Einrichtungen durchgeführt. Unter der Berücksichtigung frühzeitiger Prävention und einer aufeinander aufbauenden Entwicklungsförderung setzt sich das Programm „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule“ zum Ziel, langfristig und präventiv nachhaltiges Gewalt sowie fremdenfeindliche Einstellungen unter Kindern und Jugendlichen zu reduzieren (vgl. auch Breitschwerdt in diesem Band). Dadurch verbindet das Programm systematisch wissenschaftliche Ergebnisse und pädagogische Praxis. Das regionale Netzwerk aus Polizei, Schulen und deren Akteuren, Ämtern, Gemeindevertretern, Erziehern etc. sowie die Koordinierung und Steuerung eines Prozessteams bilden hierbei die wesentlichen Gelingensfaktoren bei der Umsetzung und Realisierung „nachhaltiger Prävention“. Folgende Prinzipien und Zielvereinbarungen fördern die nachhaltige Wirksamkeit des Programms, insbesondere unter dem Aspekt regionaler Netzwerkarbeit (vgl. Polizeipräsidium Land Brandenburg u. a. 2011):

Nutzung bereits evaluierter Programme

Dieser konzeptionelle Ansatz folgt dem Prinzip, bereits wirkungsüberprüfte Programme bei der Prävention aggressiven Verhaltens anzuwenden und unter der Voraussetzung, dass es laut

der Evaluationsbefunde auch dort, wo es eingesetzt wird, wirksam ist. Somit und aufgrund des selbst festgelegten Anspruchs der frühzeitigen Prävention implementiert „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule“ universelle Präventionsmaßnahmen bereits im Kindergarten mit dem evaluierten und Erfolg versprechenden Programm EFFEKT® (Entwicklungsförderung in Familien: Eltern- und Kinder-Training). Im Vordergrund steht dabei die Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und Begünstigung des kindlichen Sozialverhaltens (vgl. auch Lösel/Klindworth-Mohr/Madl in diesem Band; Lösel/Beelmann/Stemmler u. a. 2006).

Kombination aufeinander aufbauender, langfristig wirksamer Programme

Das Konzept von „MIT-EIN-ANDER“ orientiert sich gemäß der wissenschaftlichen Notwendigkeit an einer entwicklungsorientierten und aufeinander aufbauenden Prävention. Folglich liegt dem Konzept die aufeinander aufbauende Anwendung der Programme EFFEKT® in der Kita und dem Anti-Bullying Programm nach Olweus in der Schule zugrunde. Die schulische Prävention folgt der Optimierung des Sozialklimas sowie der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure (z. B. Lehrer, Schüler, Eltern), die gemeinsam langfristige Maßnahmen planen und durchführen.

Organisationsentwicklung und professionelle Begleitung

Gewaltprävention hat dem Konzept folgend nur dann eine Chance, wenn es innerhalb der Kita und Schule auch eine offizielle Aufgabe und ein festgelegtes Ziel ist. Insofern müssen sich laut Experten gewaltpräventive Anstrengungen auch in den Entwicklungskonzepten der Einrichtungen wiederfinden und am Leitbild

verankert sein. Die Implementierung und Umsetzung innerhalb der Einrichtung hängen maßgeblich von der Kompetenz ihrer Anwender ab. Neben der professionellen und wissenschaftlichen Begleitung leiten die konkreten Schritte des Interventionsverfahrens den Akteur an und geben den in der Praxis Handelnden eine Orientierung für angemessene Reaktionen auf unsoziales Verhalten.

Zusammengefasst lassen sich demnach folgende Kriterien einer „nachhaltigen Prävention“ aus den o. g. Ausführungen ableiten:

- Qualitätssicherung: Anwendung bereits evaluierter und wirksamer Programme,
- Entwicklungsorientierung und frühzeitiger Ansatz durch eine aufeinander aufbauende Programmkombination: EFFEKT® in der Kita, Anti-Bullying Programm in der Schule,
- Organisationsentwicklung als wirksamer und nachhaltiger Ansatz,
- professionelle und wissenschaftliche Begleitung.

Die abgestimmte Zusammenarbeit und Präventionsarbeit vor Ort ermöglichen nicht nur einen fast flächendeckenden Einsatz des Programms, sondern schaffen auch ein netzwerkartiges Unterstützungssystem, das differenzierte Zielgruppen und mehrdimensionale Bedürfnisse erreicht. Für die gelingende Kooperationsarbeit gilt es weiterhin, lokale Aktivitäten stärker einzubeziehen, die Implementierung vor Ort noch stärker zu unterstützen sowie mit Akteuren der Problemfelder (z. B. Vertreter der Schule) noch intensiver zu kooperieren (vgl. Bornwasser/Otte 2013).

3.3 Rechtsextremismusprävention am Beispiel des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“

Ein weiteres Beispiel für die Bemühungen um eine „nachhaltige Prävention“ bzw. Intervention – und zwar auf der Ebene des gesamten Landes – ist das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ (vgl. auch Kohlstruck/Rolfes/Schubarth in diesem Band). Als Reaktion auf die Welle fremdenfeindlicher Gewalt im Land Brandenburg in den 1990er Jahre wurde (wenngleich reichlich spät) im Jahr 1998 das Handlungskonzept beschlossen. Seitdem fungiert es als Leitbild für die Auseinandersetzung mit Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Im Jahr 2005 wurde es als *Handlungskonzept für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit* weiterentwickelt (vgl. Landesregierung Brandenburg 2005). Das Konzept zielt auf drei Handlungsebenen mit jeweiligen Zuständigkeiten bzw. Ressorts: a) Politik der klaren Signale, b) sozialen Zusammenhalt stärken und c) Repression wirksam organisieren. Auf jeder Handlungsebene werden konkrete Maßnahmen gefördert, z. B. Informations- und Themenportale, „DEINS – Demokratische und interkulturelle Schulentwicklung“ oder „Schnelle Anklageerhebungen und Urteile von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund“. Darüber hinaus werden von der Koordinierungsstelle auch Ressort übergreifende Aufgaben durchgeführt, z. B. Programm „Wahlalter 16“, „Demokratie-Mobil“ u. a.

Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit sind v. a. folgende Punkte hervorzuheben:

- Etablierung eines landesweiten professionellen Beratungnetzwerks (Mobile Beratungsteams, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie,

- Aktionsbündnis, Opferberatung, Sportjugend, Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung), die eine dauerhafte, weitgehend aus Landesmitteln finanzierte Infrastruktur bilden,
- zentrale Steuerung durch eine Koordinierungsstelle, angesiedelt im MBS,
 - flexible, lösungsorientierte Informations- und Kommunikationsstrukturen,
 - parteiübergreifendes, konstruktives Zusammenwirken demokratischer Kräfte und
 - relativ hohe personelle und finanzielle Kontinuität.

Gerade diesen Aspekten „nachhaltiger Prävention“ und Intervention ist es zu verdanken, dass sich die politische Kultur im Land Brandenburg in den letzten Jahren gewandelt hat und eine Sensibilisierung gegenüber Rechtsextremismus in vielen Bereichen zu verzeichnen ist. Dazu gehört auch die gewachsene kommunale Verantwortung im Umgang mit Rechtsextremismus, wenngleich gerade in den Kommunen noch viel zu tun bleibt. Das Beratungsnetzwerk gilt bundesweit als vorbildlich (vgl. z. B. Botsch/Kopke 2013; Jaschke 2011).

Angesichts der wachsenden Zuwanderung, den sich wandelnden Formen des Rechtsextremismus und den unterschiedlichen Entwicklungen zwischen den Regionen steht auch das „Tolerante Brandenburg“ vor neuen Herausforderungen, die eine ständige Anpassung des Konzepts erfordern. Eine dieser Fragen ist auch die nach der Wirksamkeit von Prävention und Intervention. Hier geht es z. B. um die Entwicklung möglicher Ziel- und Erfolgskriterien, um regelmäßige Evaluations- bzw. Qualitätssicherungsverfahren usw.²

2 Zur Frage der Evaluation im Bereich Rechtsextremismus vgl. z. B. Möller in diesem Band; Kohlstruck/Rolfes/Schubarth in diesem Band; Johansson 2013; Roth 2010.

Resümierend lässt sich festhalten, dass sich im Land Brandenburg etwas bewegt: Unter der stärkeren Berücksichtigung forschungsbasierter Erkenntnisse lassen sich in den hier vorgestellten drei Beispielen durchaus einige Erfolg versprechende Ansätze „nachhaltiger Prävention“ finden. Während der ganzheitliche Ansatz im Programm „MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule“ durch das Zusammenwirken verschiedener Verantwortungsbereiche ein gelungenes Modell kommunaler Vernetzung darstellt, erscheint das Anti-Gewaltprojekt als erziehungswirksames Beispiel für Schulen im „Sozialen Brennpunkt“. Dabei zeigt sich, dass frühes bzw. rechtzeitiges Eingreifen, Schülerpartizipation sowie die Lehrerprofessionalisierung wesentliche Einflussgrößen für „nachhaltige Prävention“ sind. Schließlich ist am Beispiel des landesweiten Konzepts „Tolerantes Brandenburg“ zu erkennen, wie wichtig (parteienübergreifende) politische Unterstützung, entsprechende personale sowie finanzielle Ressourcen für eine professionelle und „nachhaltige Prävention“ und Intervention sind. Insgesamt belegen unsere Beispiele gute Ansätze für ein produktives Zusammenwirken von Präventionspraxis, -politik und -wissenschaft, die es jedoch weiter auszubauen gilt.

4. Folgerungen und Empfehlungen

„Was ist nachhaltige Prävention?“ Dieser Frage wurde im Beitrag ausführlich nachgegangen. Die Begriffsklärung ergibt sich aus dem Zusammenspiel der Dimensionen 1) Entwicklungsorientierung, 2) kommunale Netzwerkarbeit sowie 3) Evaluation und Qualität. Welche Folgerungen und Empfehlungen lassen sich nun i. S. einer „nachhaltigen Prävention“ ableiten?

1. Nachhaltige Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft

„Nachhaltige Prävention“ in den Bereichen Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus ist v.a. entwicklungsorientierte, kommunal vernetzte und wissenschaftlich fundierte Prävention. Um dies zu erreichen, bedarf es des konstruktiven Zusammenwirkens von (kommunaler) Praxis, Politik und Wissenschaft. Trotz guter Ansätze, wie im Beitrag beispielhaft gezeigt, ist die notwendige Zusammenarbeit erst ansatzweise entwickelt. Deshalb gilt: Wenn man tatsächlich mehr Nachhaltigkeit in der Prävention erreichen will, müssen Eigeninteresse und Ressortdenken überwunden und Praxis, Politik und Wissenschaft aufeinander zugehen. Und dies nicht zuletzt aufgrund des wachsenden Interesses für „nachhaltige Prävention“ von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus, das sich innerhalb der drei Bereiche gleichermaßen wiederfindet sowie aus dem Anlass heraus, dass „nachhaltige Prävention“ ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag ist. Eine effektive und effiziente Prävention bedarf demzufolge nicht nur dem Engagement vieler einzelner gesellschaftlicher Kräfte, sondern auch dem strukturierten Zusammenspiel vielfältiger Ressourcen und Unterstützungssysteme sowie verschiedener Entscheidungsträger aus Praxis, Politik und Wissenschaft (vgl. Steffen 2014). Zur strukturellen Umsetzung können – wie gezeigt – vorhandene kommunale Netzwerke genutzt werden.

2. Primäre Orientierung: frühzeitig, entwicklungsorientiert, längerfristig

Nachhaltige Entwicklung stellt sich als Daueraufgabe dar, deren präventiver Einsatz bereits im frühen Entwicklungsstadium eines Kindes an- und einsetzen soll (vgl. Beelmann 2013, 2012). Ziel ist es, risikofördernde Bedingungen wahrzunehmen,

zu mindern und die persönliche Entfaltung der Kinder und Jugendlichen zu optimieren. „Nachhaltige Prävention“ bedeutet demzufolge, kurzzeitige Maßnahmen durch längerfristige Initiativen zu ersetzen (vgl. Lösel 2012). Längerfristig bedeutet jedoch auch, Präventionsbemühungen nicht nur temporär an den Entwicklungsverlauf des Kindes auszurichten, sondern Prävention darüber hinaus prozessual zu gestalten sowie auf die Situation und das Entwicklungsniveau abzustimmen. Entwicklungsförderung bedarf, neben der Orientierung am Individuum selbst, auch die Berücksichtigung dessen Lebensbedingungen und -umwelten. Dies erfordert die Einbeziehung vieler Akteure, um problematische Einflussbereiche des Lebensumfeldes zu optimieren und entsprechende Kompetenzen zu fördern.

3. Vielfalt der Angebote versus fehlende Wirkungsaussagen

Grundsätzlich sollten Evaluationen und deren wissenschaftliches Feedback Basis bestehender Präventionsmaßnahmen sein. Übergreifende und allgemeingültige Wirkungsaussagen können jedoch aufgrund fehlender einheitlicher Kriterien kaum erteilt werden. Die Qualität eines Programms und dessen Erfolgswahrscheinlichkeit misst sich v. a. an der guten Dokumentation, Transparenz der Umsetzung und Einhaltung der Qualitätskriterien. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, nicht nur Optimierungen vorzunehmen, sondern auch fachöffentliches Interesse zu erhalten und ggf. günstige Bedingungen für einen Transfer zu schaffen (vgl. Beelmann 2013). Doch der Vielfalt der Angebote steht ein Mangel wissenschaftlich evaluierter Ansätze gegenüber. Im Zuge dessen wächst der Bedarf einheitlicher Qualitätskriterien, nach denen sich a) die konzeptionellen Bestimmungen einer Maßnahme orientieren, b) Forschungsaktivitäten und Evaluationen ausrichten sowie c) Bewertungen

und kategoriale Zuordnungen der Maßnahmen erfolgen können. Dennoch gibt es mittlerweile Fortschritte. Diese bestehen u. a. darin, dass die Bedingungen einer gelungenen und nachhaltigen Entwicklungsförderung beschrieben und begründet wurden. In der praktischen Umsetzung gilt es nunmehr, zunächst einen Überblick über „nachhaltige“ und „weniger nachhaltige“ Ansätze in der Präventionslandschaft zu erhalten. Erste Analysen liegen vor (vgl. z. B. Schubarth/Kopp/Kamm 2012), weitere Bereiche sollten erfasst werden. Der Landespräventionsrat kann hierbei Anregungs- und Koordinierungsaufgaben übernehmen.

4. Professionalisierung der Anwender

Die Umsetzung der Maßnahmen hängt auch maßgeblich von der Professionalität ihrer Anwender an. Theoretische Konzeptionierungen erhöhen nur dann ihre Erfolgswahrscheinlichkeit, wenn die pädagogischen Fachkräfte entsprechende Ausbildungen und Trainings erhalten, um kompetent Handlungsanweisungen zu erteilen sowie Praktiken der Programme zu verstehen und umsetzen zu können. Mit Blick auf die Nachhaltigkeit gilt auch hier der Grundsatz wiederholter und abgestimmter Fort- und Weiterbildungen. Diese empirisch gesicherte Befundlage macht sowohl die Etablierung von Strukturen und Ressourcen zur Entwicklung von Professionalität als auch für die Kontinuität des Personals in den beteiligten Institutionen notwendig. Zur Gewährleistung dessen ist das unmittelbare Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis bedeutsam (vgl. Steffen 2014).

5. Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit

Zur optimalen Anwendung und Nutzung bestehender Programme und Maßnahmen ist eine (landesweite) Bestandsaufnahme eine notwendige Voraussetzung. Hierbei sollte das Prinzip gelten, sich an dem Vorhandenen zu orientieren und Ansätze zu bündeln, bevor ständig „Neues“ eingeführt wird. Dies verlangt eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit und einen regelmäßigen Austausch sowie die Einbeziehung verschiedener Verantwortlichkeiten (z. B. Kommune, Schulamt, Stadt etc.). Hierbei stellt sich jedoch die Frage, wie eine intensivere Begleitung und Einbeziehung der zivilen Akteure aus der lokalen Praxis für die nachhaltige Implementierung von Präventionsansätzen gewährleistet werden kann. „Nachhaltige Prävention“ stellt höhere Anforderungen an Akteure und Institutionen, v. a. hinsichtlich der Klärung von Kompetenz- und Verantwortungsbereichen innerhalb der Kommune sowie der Zusammenführung durch ein Steuerungs- und Koordinierungsorgan. Im Interesse eines gelingenden Aufwachsens von Kindern geht es um die Schaffung eines funktionierenden Netzwerks und um die Überwindung des vorherrschenden Ressortdenkens. Der Landespräventionsrat, selbst ein Beispiel Ressort übergreifender Zusammenarbeit, kann dafür Impulse geben und Kommunen bei ihren Bemühungen um „nachhaltige Prävention“ begleiten. Auch der Einsatz von (de-)zentralen Präventionsmanagern wäre eine Option.

Literatur

- Balsler, H./Hölzer, W./Schulz, C. (2009): Gewaltfreie Schule. Praxisbausteine der Gewaltprävention für eine handlungsorientierte Schulentwicklung. Köln.
- Beelmann, A. (2013): Wirksamkeit und ihre Einflussfaktoren (Effektivität). In: forum kriminalprävention, Nr. 2, 53–56.
- Beelmann, A. (2012): Perspektiven entwicklungsbezogener Kriminalprävention. Desiderate und zukünftige Herausforderungen. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, Nr. 2, 85–93.
- Beelmann, A. (2010): Evaluation und Qualität in der Gewalt- und Mobbingprävention. In: Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages. Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 41, 21–34.
- Bildungsserver Hessen (2014): Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD). URL: <http://gud.bildung.hessen.de/> [Zugriff: 16.05.2014].
- Blinzler, M. (2012): Nachhaltigkeit und Kommunale Prävention. In: Marks, E./Steffen, W. (Hrsg.): Sicher leben in Stadt und Land. Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages. München, 373–382.
- Bornewasser, M./Otte, S. (2013): Gewaltprävention im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. In: forum kriminalprävention, Nr. 4, 58–63.
- Botsch, G./Kopke, C. (2013): Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ hat sich insgesamt bewährt. In: Landesregierung Brandenburg (Hrsg.): Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung, 7–9.
- Brundtland-Bericht (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. URL: http://www.bne-portal.de/file-admin/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial_international/Brundtland-Bericht.File.pdf?linklisted=2812 [Zugriff: 10.03.2014].
- Daschner, P. (2007): Schulen im Brennpunkt. In: Pädagogik, Nr. 5, 6–7.
- DFK = Deutsches Forum für Kriminalprävention (2013): Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen. Bonn.
- DFK (2012a): Impulse für das kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene. Ein Leitfaden für die Praxis. Bonn.

- DFK (2012b): Gelingsbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Bonn.
- BNE = Bildung für nachhaltige Entwicklung (2014): Brundtland-Bericht, 1987.
URL: <http://www.bne-portal.de/was-ist-bne/grundlagen/brundtland-bericht-1987/> [Zugriff: 10.03.2014].
- Ditton, H. (2010): Evaluation und Qualitätssicherung. In: Tippelt, R./Schmidt, B. (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden, 607–623.
- Forschungsgruppe Schulevaluation (1998): Gewalt als soziales Problem in Schulen. Untersuchungsergebnisse und Präventionsstrategien. Opladen.
- Fuchs, M./Lamnek, S./Luedtke, J. (1996): Schule und Gewalt. Realität und Wahrnehmung eines sozialen Problems. Opladen.
- Groeger-Roth, F./Hasenpusch, B. (2011): Die „Grüne Liste Prävention“ – effektive und erfolgversprechende Präventionsprogramme im Blick. In: forum kriminalprävention, Nr. 4, 52–58.
- Heinz, W. (2004): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht. In: Kerner, H.-J./Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover. URL: http://www.uni-konstanz.de/FuF/Jura/heinz/heinz-9-kommunale-kp-vortrag_praeventionstag.pdf [Zugriff: 19.05.2014].
- Holtappels, H. G./Heitmeyer, W./Melzer, W./Tillmann, K.-J. (Hrsg.) (1997): Forschung über Gewalt an Schulen. Erscheinungsformen und Ursachen, Konzepte und Prävention. Weinheim/München.
- Hurrelmann, K./Bründel, H. (2007): Gewalt an Schulen. Pädagogische Antworten auf eine soziale Krise. Weinheim/Basel.
- Jaschke, H.-G. (2011): Analyse der politischen Kultur Brandenburgs im Hinblick auf ihre demokratiestützende oder demokratieproblematische Wirkung. Gutachten. URL: http://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Gutachten%20Jaschke.15722148.pdf [Zugriff: 28.03.2014].
- Johansson, S. (2013): Was ist (nicht) messbar? Zu den Wirkungen von Programmen zur Rechtsextremismusprävention. In: Journal für politische Bildung, Nr. 2, 28–36.

- Kahl, W. (2010): Schritt für Schritt in ein gutes Leben: Überlegungen zur Weiterentwicklung entwicklungsorientierter Präventionsarbeit als Element der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In: *forum kriminalprävention*, Nr. 2, 15–16.
- Kempfer, J. (2014): Präventions- und Interventionsprogramme in Kita und Vorschule. In: Melzer, W./Hermann, D./Sandfuchs, U./Schäfer, M./Schubarth, W./Daschner, P. (2014): *Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen*. Bad Heilbrunn, (in Druck).
- Kohlstruck, M. (2013): Vorurteilsmotivierte Gewalt und Möglichkeiten ihrer Prävention. In: Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): *Dokumentation des Berlin-Brandenburger „Fachtages gegen Rechtsextremismus/Kommunale Netzwerke, Beratung, Bildung und Aufklärung“*, 24–31.
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2002): *Düsseldorfer Gutachten: Leitlinien wirkungsorientierter Kriminalprävention*. Düsseldorf.
- Landesregierung Brandenburg (2005): *Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Potsdam.
- Landesregierung Brandenburg (Hrsg.) (2012): *Von der Vielfalt der Maßnahmen, Projekte und Unterstützungsangebote zur Strukturentwicklung: Gewaltprävention an Schulen im Land Brandenburg nachhaltig stärken*. Potsdam.
- Lösel, F. (2012): Entwicklungsbezogene Prävention von Gewalt und Kriminalität. Ansätze und Wirkungen. In: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, Nr. 6, 71–84.
- Lösel, F./Beelmann, A./Stemmler, M./Jaursch, S. (2006): Prävention von Problemen des Sozialverhaltens im Vorschulalter. Evaluation des Eltern- und Kindertrainings EFFEKT®. In: *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie*, Nr. 35 (2), 127–139.
- Meadows, D. h./Meadows, D. L./Randers, J./Behrens, W. W. (1972): *The Limits to Growth*. Universe Books.
- Melzer, W./Schubarth, W./Ehninger, F. (2011): *Gewaltprävention und Schulentwicklung. Analysen und Handlungskonzepte*. Bad Heilbrunn.

- Mengel, M./Sann, A./Küster, E.–U. (2014): Frühe Hilfe als integrierter kommunaler Handlungsansatz. In: Melzer, W./Hermann, D./Sandfuchs, U./Schäfer, M./Schubarth, W./Daschner, P. (2014): Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen. Bad Heilbrunn, (in Druck).
- Meyer, A./Coester, M./Marks, E. (2010): Das Beccaria-Programm: Qualitätsmanagement in der Kriminalprävention. In: Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages. Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 41, 84–94.
- Petermann, F./Petermann, U. (2011): Prävention. In: Kindheit und Entwicklung, Nr. 20 (4), 197–200. Göttingen.
- Pfeiffer, T. (2010): Rechtsextremismusprävention. Ziele und Handlungsmöglichkeiten. In: Grumke, T./Pfahl-Traughber, A. (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes. Opladen/Farmington Hills, 66–81.
- Polizeipräsidium Land Brandenburg u. a. (2011): MIT-EIN-ANDER in Kita und Schule. EFFEKT® und Anti-Bullying. Konzept. Neuruppin.
- Preiser, S. (2005): Qualitätskriterien für Präventionsprogramme gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Entwicklung und Stand des Projekts. In: Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (Hrsg.): Jung sein, alt werden. Congress-CD zum Deutschen Psychologentag 2005, Kongress für Angewandte Psychologie. Potsdam.
- Preiser, S./Wagner, U. (2013): Qualitätskriterienkatalog für die Auswahl und Durchführung wirksamer Programme. In: forum Kriminalprävention, Nr. 2, 63–66.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. URL: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/pdf/Nachhaltigkeitsstrategie_Kurzfassung.pdf [Zugriff: 28.05.2014].
- Rieker, P. (2009): Rechtsextremismus. Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim/München.

- Roth, R. (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Gutachten. Berlin. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07303.pdf> [Zugriff: 19.05.2014].
- Schanzenbächer, S. (2012): Die Chance – Kinder können mehr! Erfolgreiche Gewaltprävention an Schulen durch die Verbindung von Schulentwicklung und Peer-Learning am Beispiel einer Grundschule im Land Brandenburg. In: Sozialmagazin, Nr. 7–8 (37), 76–81.
- Schanzenbächer, S. (2007): Der konfrontative Stil. Der konfrontative Stil als Versuch einer Systematisierung konfrontativen Arbeitens und seine Anwendung in der Praxis am Beispiel Konfrontatives Konfliktmanagement. In: Sozialmagazin, Nr. 2 (32), 41–49.
- Scheithauer, H. (2010): Gelingensbedingungen für die Prävention interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. In: Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages. Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 41, 140–148.
- Schubarth, W. (2013): Gewalt und Mobbing an Schulen: Möglichkeiten der Prävention und Intervention. Stuttgart.
- Schubarth, W./Kopp, A./Seidel, A./Niproschke, S. (2013): Akzeptanz und Wirkungen eines schulischen Anti-Gewaltprojekts. Evaluationsergebnisse zum Schulprojekt „Wir für uns“ an der Grundschule Schwärzensee in Eberswalde. Potsdam.
- Schubarth, W./Kopp, A./Kamm, C. (2012): Jugendkriminalität und Kinder-/Jugendenschutz im Land Brandenburg. Eine Synopse zu geförderten Projekten des Landespräventionsrates. Potsdam.
- Schubarth, W./Stöss, R. (2001): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen.
- Sherman, L. W./Gottfredson, D./MacKenzie, D./Eck, J./Reuter, P./Bushway, S. (1997): Preventing Crime. What Works, What Doesn't, What's Promising. A Report To the U.S. Congress. College Park, MD: University of Maryland, Department of Criminology and Criminal Justice.

- Steffen, W. (2014): Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft. Gutachten für den 19. Deutschen Präventionstag in Karlsruhe. Heiligenberg (Baden)/München.
- Tillmann, K.-J./Holler-Nowitzki, B./Holtappels, H. G./Meier, U./Popp, U. (1999): Schülergewalt als Schulproblem. Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven. Weinheim/München.
- Wedemann, J. (2014): Theorie und Praxis entwicklungsförderlicher Prävention in Schulen. Gewaltprävention im Kontext von Schulentwicklung. In: forum kriminalprävention, Nr. 2, 12–21.